

[Antragsteller: Seniorenarbeitskreis der Verwaltungsstelle Frankfurt
Die Delegiertenversammlung der IGM Frankfurt möge beschließen:]

Wir fordern den IGM-Vorstand auf, sich öffentlich gegen die Verhandlungen von TTIP und CETA zu wenden und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit diese Verhandlungen eingestellt werden und zur Beteiligung der IG Metall am europaweiten, dezentralen Aktionstag gegen TTIP und CETA am 11. Oktober 2014 aufzurufen. Des Weiteren fordern wir den IG Metallvorstand auf, auf den DGB Bundesvorstand einzuwirken, dessen veränderte Position rückgängig zu machen und den Beschluss des Bundeskongresses von Mai 2014 umzusetzen.

Begründung

Die Delegiertenversammlung der IGM Verwaltungsstelle Frankfurt lehnt sowohl das derzeit zwischen der EU und den USA verhandelte „Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen“ (abgekürzt TTIP) als auch das zwischen der EU und Kanada verhandelte Wirtschafts- und Handelsabkommen (abgekürzt CETA) ab, weil beide Abkommen den gesellschaftlichen Wohlstand, die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte, den Umwelt- und Verbraucherschutz und vor allem die Demokratie bedrohen und nicht den Menschen, sondern ausschließlich den Gewinninteressen der großen international tätigen Konzerne nützen.

Die Verhandlungen zu TTIP und CETA finden unter erheblichem Lobby-Einfluss hinter verschlossenen Türen statt. Die Öffentlichkeit bleibt außen vor. Auch die frei gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben zu den wichtigsten Verhandlungsdokumenten keinen Zugang. Dies ist ein Anschlag auf das Mindestniveau demokratisch notwendiger Verfahrensabläufe und keinesfalls hinzunehmen.

Den Abbau von Zöllen als Begründung für die Verhandlungen heranzuziehen, ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Denn Zölle spielen bei den Verhandlungen nur eine nebensächliche Rolle, weil diese schon sehr niedrig sind und exportorientierte Unternehmen wie beispielsweise VW nicht behindern. Im Zentrum der Verhandlungen steht tatsächlich das gegenseitige Absenken von „nichttarifären Standards“ im ökologischen und sozialen Bereich, die die Gewinne der großen transnationalen Konzerne schmälern, aber die Umwelt und die Interessen einer überwältigenden Mehrheit von Menschen in der EU schützen. Gegen solche so genannte Handelshemmnisse sollen diese Konzerne aus Gründen des Investitionsschutzes ein Klagerecht erhalten.

Es ist daher zu befürchten, dass politische Gremien durch milliardenschwere Entschädigungsklagen erfolgreich eingeschüchtert werden, so dass flächendeckende Tarifverträge, ein gesetzlicher Mindestlohn, gesetzlich garantierte Sozialleistungen unter einem noch größeren Rechtfertigungsdruck stehen als heute. Durch die Deregulierung könnte das so genannte „Vorsorgeprinzip“ in der EU fallen. Die Industrie muss dann nicht mehr beweisen, dass ein Stoff oder Produkt ungefährlich ist, sondern die Menschen müssen nachweisen, dass sie geschädigt wurden. Dadurch wird gentechnisch veränderte Nahrung bei uns im großen Stil genauso möglich wie das Züchten von Rindfleisch mit krebserregenden Hormonen, das Begasen von Hühnern mit Chlor und das grundwassergefährdende Gasförderverfahren Fracking.

Auf der Delegiertenversammlung der IGM Verwaltungsstelle Frankfurt am 24.9.2014 *einstimmig angenommen:*